

Fatale Ausdünnung

Die Landes-ÖVP stellt sich hinter das KH Mittersill. Wer um Postämter kämpft, müsse dies auch für die Gesundheitsversorgung der Regionen tun.

MITTERSILL. VP-Gesundheitssprecher Simon Illmer und der Oberpinzgauer Landtagsabgeordnete Michael Obermoser sind sich einig: „Das Schicksal des Krankenhauses Mittersill liegt ausschließlich in der Hand des Landes und damit in der Hand von Landesgesundheitsreferentin Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.“ Illmer und Obermoser trafen sich mit dem Mittersiller Gemeinderat und Krankenhausexperten Bernhard Gratz und Vizebgm. Ilse Breitfuß zu einem Gespräch. Illmer: „Die ÖVP spricht sich ganz klar für den Erhalt der medizinischen Grundversorgung im Oberpinzgau aus. Dazu gehören aus unserer Sicht eine gynäkologische Station sowie die grundlegende allgemein- und unfallchirurgische Versorgung. Es muss im Oberpinzgau auch weiterhin möglich sein, dass Frauen ihre Kinder unter medizinisch sicheren Rahmenbedingungen zur Welt zu bringen und es muss möglich sein, eine Blinddarmsoperation zu bekommen.“

Wie berichtet, weiß der im Feriendorf Königsleiten wohnhafte Obermoser ja aus eigener Erfah-

rung, wie weit der Weg zum nächsten Krankenhaus im Notfall sein kann: „Als meine Frau im Februar 1993 früher als erwartet unser Kind zur Welt brachte, schafften wir unter hoch winterlichen Verhältnissen von Königsleiten gerade noch die rund 30 Kilometer nach Mittersill. Hätten wir die 80 Kilometer nach Zell am See fahren müssen, wäre mein Kind vermutlich auf der Bundesstraße zur Welt gekommen.“

Richtlinien lassen besondere Lösungen zu

Es wäre nicht auszudenken, wenn in Zukunft bei einer Risikoschwangerschaft oder bei Komplikationen, kein Flugwetter für den Hubschrauber herrscht und die betroffenen Frauen über eine Stunde nach Zell am See fahren müssten. Entgegen anders lautenden Behauptungen hätte es seitens des Bundes auch keinerlei negative finanzielle

Auswirkungen für das Land, wenn in Mittersill auch weiterhin die standardmedizinische Grundversorgung angeboten werde: „Die Richtlinien des Bundes lassen für territoriale Besonderheiten auch besondere Lösungen zu. Der Ball liegt nun beim Land, es gilt, die richtigen Schwerpunkte zu setzen“, fordert Illmer. In Mittersill sei die Bereitschaft über echte Kooperationen durchaus gegeben.

„Eine weitere Ausdünnung dieser gesundheitlich jetzt nicht optimal versorgten Region – wie etwa bei Fachärzten oder Therapeuten – wäre fatal. Auch die Menschen im Oberpinzgau haben das Recht auf eine optimale medizinische Versorgung“, so Illmer. In einer Zeit, in der um jedes Postamt gerungen würde, werde man schlichtweg ungläubwürdig, wenn man als Land beim wichtigsten Gut überhaupt, nämlich bei der Gesundheit, die Regionen ausdünn“, so Simon Illmer.



Simon Illmer, Bernhard Gratz, Vize-Bgm. Ilse Breitfuß, Gerlinde Rogatsch, Michael Obermoser (v. l.)

Bild: SW/PRIVAT

Diskussion mit LH Gabi Burgstaller

MITTERSILL. Die SPÖ lädt am Freitag, dem 6. Mai, um 20 Uhr, zu einer öffentlichen Diskussion mit Landeshauptfrau Gabi Burgstaller ein. Thema: „Die zukünftige medizinische Versorgung des Oberpinzgaus.“ Die Bürger wurden dazu Anfang der Woche per Postwurf eingeladen. Die Mittersiller Gemeindepolitik außerhalb der SPÖ erfuhr davon ebenfalls auf diesem Weg. Wie die PN in Erfahrung brachten, führt Burgstaller vorher Gesprä-

che mit Fachärzten und niedergelassenen Ärzten. In einer Presseaussendung stellt Burgstaller fest: Hinter dem sperrigen Wort Strukturqualitätskriterien verberge sich folgender Grundgedanke: In Zukunft dürfen gewisse Operationen nur mehr durchgeführt werden, wenn z. B. die Operationsteams eine Mindestzahl an Eingriffen der jeweiligen Art pro Jahr vorweisen können und gewisse Sicherheitsstandards (Ärzteteams im Krankenhaus oder in

Rufbereitschaft, Geräte etc.) einhalten können. Diese Kriterien wurden von den medizinischen Fachgesellschaften entwickelt, um für die Patienten die beste Qualität zu garantieren. Für Zell und Mittersill heiße dies, zu kooperieren. Derzeit arbeite eine kleine Verhandlungsgruppe an den Details und suche für noch offene Punkte rechtlich mögliche Lösungen. Die Kooperation sei auch aufgrund der Vorgaben des Bundes zukunftsweisend.